5. / IV. 1916

Die Gehaltserhöhung der Wiener städtischen Beamten.

Es wird uns aus Wiener städtischen Beamtenkreisen geschrieben:

Da ist einer einmal wieder tief hineingefallen. Der „Morgen“ glaubte die Wiener Magistratsbeamten gegen die „Reichspost“ mit der Behauptung scharf machen zu können, daß sie die Wiener städtischen Beamten anklage, mit einem von ihnen ausgehenden Vorschlage „eine ungerechtfertigte Verteuerung der Tramwaytarife“ hervorzurufen, „die von der Mehrheit der Bevölkerung schwer empfunden würde“. — Das sei natürlich eine schwere ungerechtfertigte Verdächtigung. — Die eifertige Entrüstung des „Morgen“, mit der er sich für die Wiener städtische Beamenschaft in die Brust wirft, hat uns sehr belustigt. Das Blatt scheint gar nicht zu wissen, daß eine gedruckte Denkschrift, für die allerdings nicht die ganze städtische Beamenschaft, sondern nur einzelne, die Verantwortung haben, den Vorschlag auf Erhöhung der Tramwaytarife in die Welt setzte und daß die gute Freundin des „Morgen“, die Wiener „Arbeiterzeitung“, diese Denkschrift schon öffentlich vermöbelt und deshalb sogar die Beamten direkt angegriffen hat. Ebenso weiß das ganze Rathaus, von wem in den letzten Wochen abermals der Erhöhung der Tramwaytarife das Wort geredet wurde, damit daraus die Bedeckung für die verlangte Erhöhung der Gehalte geschaffen werde.

Wie gesagt, der Vorschlag geht nur von einzelnen aus und wir wissen, daß auch die „Reichspost“ nichts anderes behauptet hat. Ihr aber gebührt das Verdienst, entschieden dafür eingetreten zu sein, daß nicht dieser Vorschlag zur Tat werde, dessen Verwirklichung erstens die Wiener städtischen Beamten mit dem Odium der Bevölkerung belasten könnte, irgendwie die Veranlassung dieser Verteuerung zu sein, und zweitens den Beamten wieder mit der andern Hand entziehen würde, was ihnen mit der einen gegeben wurde. Denn an der Erhöhung der Straßenbahngebühren müßten gerade die Beamtenfamilien am stärksten mitzahlen. Dagegen Stellung genommen zu haben, war beamtenfreundlich gehandelt und keine morgenländische Talmudistik wird uns von dieser Anerkennung abbringen. Die Beamtengehaltsregulierung muß kommen, weil sie gerecht und notwendig ist, aber ihre Durchführung ist sicher nicht abhängig von der Durchführung eines Vorschlages, der mit den breiten Massen der Bevölkerung auch die Beamenschaft selbst treffen würde.